

Antrag

der Abgeordneten Norbert Königshofen, Dirk Fischer (Hamburg), Eduard Oswald, Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach), Georg Brunnhuber, Renate Blank, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Hubert Deittert, Enak Ferlemann, Peter Götz, Bernd Heynemann, Klaus Hofbauer, Volker Kauder, Werner Kuhn (Zingst), Eduard Lintner, Klaus Minkel, Marlene Mortler, Henry Nitzsche, Günter Nooke, Wilhelm Josef Sebastian, Gero Storjohann, Lena Strothmann, Volkmar Uwe Vogel, Gerhard Wächter und der Fraktion der CDU/CSU

Maßnahmen zur Kapitalprivatisierung der Deutschen Flugsicherung GmbH

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die Anstrengungen der Bundesregierung zur Stärkung des Luftverkehrsstandortes Deutschland und zu Effizienzsteigerungen in der Wertschöpfungskette Luftverkehr. Vor diesem Hintergrund ist die zügige Kapitalprivatisierung der Deutschen Flugsicherung GmbH (DFS) ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt. Gleiches gilt für die Absicht der Bundesregierung, die DFS in Höhe eines Anteils von 74,9 Prozent zu veräußern. Nur durch diese tief greifende Veränderung kann die DFS den Herausforderungen des europäischen Marktes, die durch die EU-Verordnungen „zum einheitlichen europäischen Luftraum über Europa“ (Single European Sky – SES) eingeleitet worden sind, erfolgreich begegnen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des gesamten Luftverkehrsstandortes Deutschland geleistet. Die Bundesregierung setzt damit eine Politik fort, die 1992 von der damals unionsgeführten Bundesregierung mit der Organisationsprivatisierung der Flugsicherung in Deutschland eingeleitet worden war.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- dafür zu sorgen, dass die ordnungspolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bei der geplanten Kapitalprivatisierung eine Berechenbarkeit über die Rechte und Pflichten der DFS ermöglichen, die die Attraktivität für zukünftige Investoren erhöht, um so größtmögliche Wertschöpfung auf Unternehmensseite durch wertvolles zusätzliches Know-how zu erzielen und auf Seiten des derzeitigen Gesellschafters eine hinreichende Erlössituation zu schaffen,
- sicherzustellen, dass die zukünftige Aufsichtsbehörde als vollständig unabhängige Körperschaft, wie auch schon durch die Initiative Luftverkehr für Deutschland unter Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministers gefordert, geführt wird. Um zukünftige Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollte

die Regulierung strikt an harmonisierten europäischen Vorgaben ausgerichtet werden. Für die ökonomische Regulierung sollte ein Höchstmaß an Expertise sichergestellt werden,

- die wesentlichen Grundsätze für die kapitalprivatisierte DFS, insbesondere Ein- und Durchgriffsrechte der Aufsichtsbehörde und der Bundeswehr klar zu definieren und im Gesetz zu regeln, um möglichen Investoren Klarheit über die Situation des Unternehmens zu geben,
- die DFS für den gesamten deutschen Luftraum zu beleihen; das muss vor allem auch die Flugsicherungsdienste betreffen, die im deutschen Luftraum zurzeit an andere Flugsicherungs-Dienstleister delegiert sind,
- die Strukturen für die Erhebung von einer netzbezogenen hin zu einer ortsbezogenen Gebühr an den Flughäfen, an denen die Bundesrepublik Deutschland ein verkehrspolitisches Interesse hat, schrittweise anzupassen, um die bestehende Quersubventionierung abzubauen und Effizienzanreize für die Flughäfen zu schaffen,
- Kostentransparenz durch klare Zuweisung und Trennung von Gebührenabrechnungsposten zu schaffen (Trennung der operativen Flugsicherungskosten von den sonstigen Kosten für Regulierungsbehörde, DWD und EUROCONTROL),
- entsprechend den Vorgaben aus dem fraktionsübergreifenden Bundestagsantrag (Bundestagsdrucksache 15/2393) dafür zu sorgen, dass Strukturen für Beteiligungen nicht nur Dritten eingeräumt werden, sondern schnellstmöglich auch die DFS GmbH in die Lage versetzt wird, durch Gründung von neuen Unternehmen bzw. Beteiligung an bestehenden neue Geschäftspotentiale im In- und Ausland (wie z. B. die Flugsicherungsdienste an deutschen Regionalflughäfen) für sich zu erschließen.

Berlin, den 15. Februar 2005

Norbert Königshofen

Dirk Fischer (Hamburg)

Eduard Oswald

Dr. Klaus W. Lippold (Offenbach)

Georg Brunnhuber

Renate Blank

Wolfgang Börnsen (Bönstrup)

Klaus Brähmig

Hubert Deittert

Enak Ferlemann

Peter Götz

Bernd Heynemann

Klaus Hofbauer

Volker Kauder

Werner Kuhn (Zingst)

Eduard Lintner

Klaus Minkel

Marlene Mortler

Henry Nitzsche

Günter Nooke

Wilhelm Josef Sebastian

Gero Storjohann

Lena Strothmann

Volkmar Uwe Vogel

Gerhard Wächter

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion